

**DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

GZ 10 072/164-1.13/89

**II-7666 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Regreßforderungen gegen Soldaten;

Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora
und Kollegen an den Bundesminister für
Landesverteidigung, Nr. 3580/JHerrn
Präsidenten des NationalratesParlament
1017 Wien3524 IAB
1989 -06- 05
zu 3580 J

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Ermacora und Kollegen am 6. April 1989 an mich gerichteten Anfrage Nr. 3580/J beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Um Mißverständnisse über den Gegenstand der vorliegenden Anfrage zu vermeiden, möchte ich zunächst klarstellen, daß es sich bei den von den Anfragestellern erwähnten Forderungen gegen Wehrmänner, die mit Heeresfahrzeugen Verkehrsunfälle verschuldet haben, nicht um Regreßforderungen, sondern um Schadenersatzansprüche handelt, die der Bund nach dem Organhaftpflichtgesetz unmittelbar gegen das schuldtragende Organ geltend macht.

Wie die Fragesteller zutreffend erwähnen, ist allerdings mein Ressort - nicht zuletzt aus wehrpolitischen Überlegungen - bemüht, auf eine Geltendmachung derartiger Forderungen in allen jenen Fällen zu verzichten, in denen dies nach der geltenden Rechtslage vertretbar erscheint. Es stimmt auch, daß mein Entscheidungsspielraum diesbezüglich insofern relativ beschränkt ist, als für einen Verzicht auf eine Forderung aus einem S 30.000,-- übersteigenden Schaden jeweils die Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen notwendig ist.

Im einzelnen beantworte ich die gegenständliche Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Im Jahre 1988 betrug die Gesamtzahl derartiger Schadenersatzansprüche gegen Grundwehrdiener 268. Hievon wurde allerdings nur in 85 Fällen ein Anspruch auf teilweisen Schadenersatz nach dem Organhaftpflichtgesetz geltend gemacht; in allen übrigen Fällen wurde auf die Geltendmachung der Forderung gänzlich verzichtet.

Zu 2:

Die Höhe der jeweils geltend gemachten Ersatzansprüche betrug, je nach Verschuldensgrad und wirtschaftlichen Verhältnissen des Ersatzpflichtigen, zwischen S 2.500,-- und S 26.000,-- (im Regelfall zwischen 10 % und 20 % der Schadenssumme).

So wurde bei einer Gesamtschadenssumme von S 7,267.547,88 letztlich nur ein Betrag von S 688.475,80 eingefordert.

Zu 3:

In 183 Fällen wurde auf die Geltendmachung von Schadenersatzforderungen zur Gänze verzichtet.

Zu 4, 5 und 7:

Theoretisch wären wohl verschiedene Modelle einer Risikominimierung im Interesse der Soldaten denkbar. Das Bundesministerium für Landesverteidigung verfolgt aber in dieser Hinsicht derzeit vor allem zwei Zielsetzungen mit Vorrang:

Zum einen sollte die einleitend erwähnte Betragsgrenze, ab welcher die Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen für einen Verzicht auf Schadenersatzforderungen notwendig ist, im Sinne einer Erweiterung des Entscheidungsspielraumes meines Ressorts deutlich angehoben werden. Zweitens erscheint es meines Erachtens gerechtfertigt, Präsenzdiener in Fällen von Fahrlässigkeit nur mehr maximal bis zur Höhe ihrer durchschnittlichen Barbezüge nach dem Heeresgebührengesetz 1985 zum Schadenersatz heranzuziehen.

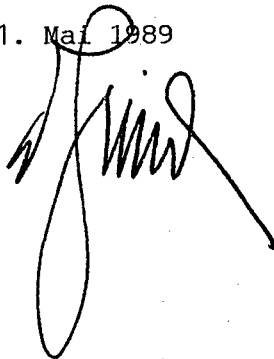
- 3 -

Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß die vorstehenden Intentionen noch eingehender ressortinterner und interministerieller Überlegungen bedürfen. Erste positive Reaktionen des Bundesministeriums für Finanzen lassen aber die Hoffnung zu, daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, das Organhaftpflichtgesetz im militärischen Bereich großzügiger zu handhaben, als dies bisher der Fall war.

Zu 6:

Ja. Im Rahmen der Ausbildung zum Heereskraftfahrer werden die Wehrpflichtigen ausdrücklich auf die Schadenersatzverpflichtung nach dem Organhaftpflichtgesetz hingewiesen.

31. Mai 1989

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'J' followed by several loops and a long horizontal stroke extending to the right.